

Mayntz, Renate

Working Paper

Zählen - Messen - Entscheiden: Wissen im politischen Prozess

MPIfG Discussion Paper, No. 17/12

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Mayntz, Renate (2017) : Zählen - Messen - Entscheiden: Wissen im politischen Prozess, MPIfG Discussion Paper, No. 17/12, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne,
<https://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-002D-9A21-5>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/162867>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



MPIfG Discussion Paper 17/12

Zählen – Messen – Entscheiden
Wissen im politischen Prozess

Renate Mayntz



Renate Mayntz
Zählen – Messen – Entscheiden: Wissen im politischen Prozess

MPIfG Discussion Paper 17/12
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
July 2017

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2017 by the author(s)

About the author

Renate Mayntz is Director Emeritus at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
Email: mayntz@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

Driven by the historically growing claims on political control, by economization and by digitalization, social reality has increasingly become the object of “commensuration” or measurement. Branded as “quantification,” this development has recently become a topic in the social sciences. In this article, different forms of “counting” and “measuring” and their methodological problems are distinguished; however, the precarious validity of measurement results is mostly neglected in political practice. Attempts to measure financial stability, and particularly the resistance of banks under stress, in the course of financial market reform are used for the purpose of illustration.

Keywords: quantification, index formation, causal modelling, financial stability

Zusammenfassung

Der historisch gewachsene politische Gestaltungsanspruch, die auf Rechenhaftigkeit stehende Ökonomisierung und Finanzialisierung und die Digitalisierung haben zusammen zur zunehmenden „Vermessung“ der sozialen Welt geführt. Unter dem Stichwort Quantifizierung wird diese Entwicklung seit einiger Zeit auch von den Sozialwissenschaften zur Kenntnis genommen. Verschiedene Zähl- und Messoperationen haben je besondere praktische und methodologische Probleme; die prekäre Gültigkeit von Messergebnissen wird jedoch bei ihrer politischen Verwendung meist ausgeblendet. Versuche quantifizierender Modellbildung im Zuge der auf die Finanzkrise folgenden Reformbemühungen dienen der Illustration.

Schlagwörter: Quantifizierung, Indexbildung, kausale Modellierung, finanzielle Stabilität

Inhalt

1	Wissen und Entscheiden: Das Ausgangsproblem	1
2	Zählen und Messen: Die methodologische Problematik	3
3	Zählen und Messen: Die Operationen	6
4	Zählen und Messen im politischen Prozess: Die Reform der Finanzmarktregulierung	9
5	Das Quantifizierungsdilemma	15
	Literatur	17

Zählen – Messen – Entscheiden: Wissen im politischen Prozess

1 Wissen und Entscheiden: Das Ausgangsproblem

Wissen gehört als prägender Faktor sozialen Handelns zum Kernbereich soziologischer Theorie. Wenn von Wissensgesellschaft, von der Verwissenschaftlichung des Lebens die Rede ist, ist allerdings eine besondere Art von Wissen gemeint – nicht Alltagswissen, eigenes Erfahrungswissen oder in Traditionen und Konventionen enthaltenes kulturelles Wissen, sondern explizites, formales Wissen über Sachverhalte der realen Welt, das bestimmten, als wissenschaftlich bezeichneten Standards entspricht. Eine Politik, die zielgerichtet handeln will, muss ihre Entscheidungen auf solches Wissen gründen, muss „evidenzbasiert“ handeln, sei es zur Gestaltung der sozioökonomischen Wirklichkeit (*shaping*) oder sei es zur Bewältigung unerwartet aufgetretener Probleme (*coping*).

Die 2008 international manifest gewordene Finanzkrise hat das stillschweigende Vertrauen in die Selbstregelungskräfte des Bankensystems zerstört. In der sofort aufflammenden Diskussion um die Ursachen der unerwarteten Krise wurde eine unzureichende politische Regulierung von Finanzmärkten als wesentlicher Faktor diagnostiziert. Das löste auf allen politischen Ebenen Bemühungen um eine Reform der allzu laxen Finanzmarktregulierung aus. In der Reformdebatte wurde schnell klar, dass das Wissen über die Beschaffenheit des international expandierten Finanzsystems, über die darin laufenden Finanzströme und über die Voraussetzungen des politisch angestrebten Reformziels – Finanzsystemstabilität – fehlte. Wie ließ sich erkennen, ob ein nationales, das europäische oder gar das internationale Finanzsystem „stabil“ war oder nicht, wie konnte man die kontrovers diskutierten Wirkungen einer ins Auge gefassten Reform feststellen?

Die Besonderheit des Finanzsystems, ein auf dem Medium Geld basierendes System, führte dazu, dass die Diskussion um das Sammeln und Verarbeiten quantitativer Daten den Reformprozess wie ein *Basso Continuo* begleitete. Das ist nicht überraschend: Wissen kommt heute ganz wesentlich in Form von Maßzahlen, durch Quantifizierung in die Politik. Aktuelle Beispiele springen fast täglich im politischen Teil der Tagespresse in die Augen, wo man etwa liest, dass die amerikanische Zentralbank ihre Zinsentscheidungen von Arbeitsmarktzahlen abhängig macht, oder dass die Einnahmen-Ausgaben-Bilanz der deutschen Bundesländer ihre Chance beeinflusst, in Verhandlungen mit dem Bund einen höheren Zuschuss für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu bekommen; „Gute Zahlen schwächen Verhandlungsposition der Länder“, titelt die FAZ

Eine erste Fassung dieses Textes wurde am 29. September 2016 in der Ad-hoc-Gruppe „Besseres Wissen“ auf dem 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vorgetragen.

am 1. Februar 2016. Quantifizierung ist eng mit politischer Steuerung verbunden. Das gilt auch nicht erst heute; schon im 17. Jahrhundert waren die Bemühungen William Pettys, die Wirtschaft eines Landes quantitativ zu erfassen, eng mit der Entwicklung des politischen Anspruchs auf Steuerung der Wirtschaft verbunden (Zorn 2009, 84–86). Der Titel von Pettys Buch – „Political Arithmetik“ – bringt den Zusammenhang klar zum Ausdruck. Die Entwicklung von Verfahren zum quantifizierenden Abbilden sozio-ökonomischer Phänomene, die schließlich zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führte, begann parallel zu dem mit Francis Bacon verbundenen „empirischen Turn“ in der Wissenschaftsentwicklung: Wissenschaft und Politik haben zusammen zur „Vermessung der Welt“ geführt. So spricht auch Daniel Speich Chassé (2016, 220) von der „co-construction of scientific statistics and power regimes“.

Quantifizierung heißt nicht nur Zählen, sondern auch Indexbildung, Ranking und formale Modellierung. Das ist auch in den Sozialwissenschaften zur Kenntnis genommen worden: Es wird von „The Making of Governmental Knowledge through Quantification“ (Rottenburg 2015) und von „Governance by Indicators“ (Davis et al. 2012) gesprochen. Der Rückgriff auf quantifiziertes, formalisiertes Wissen dient dabei nicht nur der Effektivität politischer Intervention, sondern auch ihrer Legitimierung. Der Wunsch, Entscheidungen durch ihre Rationalität, ihre einsichtige Begründbarkeit zu legitimieren, treibt die Quantifizierung von Wissen voran. Quantitative Aussagen vermitteln den Eindruck von Objektivität, einem zentralen Merkmal „wissenschaftlicher“ Aussagen. Der hohe Wert von Objektivität im Sinne unverfälschter, deskriptiv korrekter Erfassung und Abbildung von Sachverhalten scheint heute so unbestritten,¹ dass man leicht vergisst, dass „Objektivität“ bis ins 19. Jahrhundert noch mit dem Ziel von idealtypischer „Naturwahrheit“ konkurrierte (Daston 2002). Quantitatives Wissen gilt als genaues Wissen: An Zahlen ist nicht zu deuten – 5 ist 5. Wenn der Wunsch, Entscheidungen durch ihre Rationalität zu legitimieren, die Quantifizierung von Wissen vorangetrieben hat, dann hat die Entwicklung von Messtechnik sie zugleich gefördert. Die moderne Elektronik hat nicht nur die Sammlung, Speicherung, Übertragung und vor allem die Auswertung von Daten in der Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Handelsstatistik erleichtert, sondern auch die Entwicklung immer anspruchsvollerer mathematischer Modelle begünstigt, wie sie etwa bei der Risikomessung von Finanzinstrumenten benutzt werden.

Die Politikwissenschaft hat sich zwar ausführlich mit der Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik befasst, sowohl mit der politischen Steuerung von Wissenschaft wie mit der in Beiräten institutionalisierten wissenschaftlichen Politikberatung, jedoch kaum mit der Art des in die Politik vermittelten Wissens und damit mit der Rolle von Quantifizierung und Formalisierung. Im Vordergrund von Untersuchungen zur wissenschaftlichen Politikberatung stehen vielmehr die Beziehung zum politischen oder administrativen Auftraggeber und die Art der Nutzung (oder Nicht-Nutzung) des generierten Wissens (vgl. z.B. Weingart und Lentsch 2008). In der Soziologie gehören

1 Das gilt jedenfalls für die Naturwissenschaften; in den Sozialwissenschaften und in der medialen Kommunikation konkurriert Objektivität immer wieder mit Parteinahme.

quantitative Verfahren zur Methodenausbildung und werden in der empirischen Sozialforschung breit genutzt, jedoch hat sich die Soziologie, wie Espeland und Stevens (2008) feststellen, lange Zeit mehr für die Genauigkeit als für die „social implications“ von Quantifizierung interessiert; es fehlt, wie Vormbusch (2012) beklagt, eine „Theorie der Kalkulation“ beziehungsweise „kalkulativer Praktiken“. Die mit der Ökonomisierung und Finanzialisierung von Gesellschaft wachsende Bedeutung von Quantifizierung (Vormbusch 2004) ließ Quantifizierung jedoch zunehmend zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher, speziell soziologischer Analyse werden (vgl. Power 2004; Menicken und Vollmer 2007; Heintz 2008; Vormbusch 2012; Hansen 2015; Mau 2017).² Die Finanzkrise von 2008 und der Siegeszug von Digitalisierung und „Big Data“ (statt vieler: Reichert 2014) haben das Interesse an Quantifizierung jüngst verstärkt: Zählen und Messen haben neue Aktualität gewonnen.

Grundsätzlich steht das zählende oder messende Erfassen politisch relevanter Tatbestände vor vergleichbaren Problemen wie die empirische Sozialforschung. Aber während die Probleme von Zuverlässigkeit und Gültigkeit in der sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung ausführlich besprochen werden, wird der problematische Wirklichkeitsbezug von Begriffen, denen Ergebnisse von Zählen und Messen zugrunde liegen, bei ihrer Verwendung in der Alltagskommunikation, in Politik und oft auch in den Sozialwissenschaften selbst sozialwissenschaftlich kaum thematisiert. Angesichts der praktischen Bedeutung von Maßzahlen, von Zählen und Messen nicht zuletzt für politisches Handeln ist es wichtig, sich die mit diesen Operationen verbundenen methodologischen Probleme und ihren daraus resultierenden prekären Realitätsbezug zu vergegenwärtigen.

2 Zählen und Messen: Die methodologische Problematik

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird unter dem Schlagwort der Quantifizierung selten systematisch zwischen Operationen des Zählens und des Messens unterschieden. Sie werfen jedoch unterschiedliche methodologische Probleme beim deskriptiven Erfassen der Zähl- beziehungsweise Messobjekte auf. Dass diese Unterschiede und ihre praktische Bedeutung leicht vernachlässigt werden, mag damit zusammenhängen, dass in der analytischen Wissenschaftstheorie, die Teil der sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung ist, die beschreibende Erfassung von Untersuchungsgegenständen keine besondere Rolle spielt. Wie ein Blick in einschlägige Texte zeigt (z. B. Nagel 1961; Popper 1959), geht es der analytischen Wissenschaftstheorie zentral um das *Erklären* empirischer Phänomene, um die Prüfung von Hypothesen über Kausalzusammenhän-

2 Eine parallele Entwicklung ist bei Autoren der französischen Konventionentheorie festzustellen; vgl. die Sondernummer von *Historical Social Research* zu „Convention Theory, Classification, and Quantification“ (Diaz-Bone und Didier 2016).

ge und das Aufstellen belastbarer theoretischer Verallgemeinerungen.³ Die Fragen, die Sozialwissenschaftler stellen, richten sich aber nicht nur auf Wirkungszusammenhänge, sondern zunächst auf die Beschaffenheit sozialer Phänomene; King, Keohane und Verba (1994) unterscheiden entsprechend zwischen *causal inference* und *descriptive inference*. Die theoretischen Aussagen – *causal inferences* – beziehen sich auf die Ursache(-n) oder die Folge(-n) eines gegebenen Phänomens. Aber ehe nach Ursachen oder Folgen gefragt werden kann, muss die Beschaffenheit des Phänomens, das entweder als abhängige oder unabhängige Variable in einem theoretischen Zusammenhang fungiert, erfasst und dargestellt werden.

Die für die Deskription, die Erfassung der Beschaffenheit eines Phänomens wichtige Frage nach einer systematischen Unterscheidung von Merkmalen bleibt leicht bei der Gegenüberstellung von quantitativ und qualitativ stehen. Einen nicht der simplen Gegenüberstellung qualitativ/quantitativ verhafteten Versuch, zwischen verschiedenen Merkmalen sozialwissenschaftlicher Forschungsgegenstände zu unterscheiden, haben Lazarsfeld und Menzel ([1956] 1993, 175–76) gemacht:

It is often useful to distinguish three types of properties which describe collectives: analytical properties based on data about each member; structural properties based on data about the relations among members, and global properties, not based on information about the properties of members.

Unter „collective“ verstehen die Autoren sowohl eine Population oder statistische Gruppe (zum Beispiel Schüler, Einpersonenhaushalte, Geschäftsbanken) als auch eine Organisation wie Siemens oder ein Land wie Frankreich. Globale Merkmale werden den Autoren zufolge auch als „emergent“ bezeichnet (ibid., 177); emergent sind nach klassischer Definition Merkmale, die sich nicht durch eine mathematische Operation aus den Eigenschaften der Elemente eines Ganzen ableiten lassen (Mayntz 2011).

Im Unterschied zu den klar als quantitativ bestimmten „analytischen“ Merkmalen sozialer Kollektive könnten „globale“ und „relationale“ als qualitative Merkmale verstanden werden. Diese Zuordnung geht jedoch bei näherer Betrachtung nicht auf: Zählen spielt auch beim Erfassen globaler und relationaler Merkmale eine Rolle. Die Altersverteilung deutscher Männer ist ein quantitatives, „analytisches“ Merkmal; aber auch in die Bestimmung der Unternehmensverflechtung in der deutschen Wirtschaft, ein „relationales“ Merkmal, oder ihrer Innovationsfähigkeit, ein „globales“ Merkmal, gehen quantitative Daten ein. Die Quantifizierbarkeit von „globalen“ Systemmerkmalen ist eine Variable: Das „Wachstum“ einer Volkswirtschaft wird durch eine Vielzahl quantitativer Daten bestimmt, in die Bestimmung des „demokratischen“ Charakters eines Landes gehen dagegen vor allem qualitative Merkmale der politischen Ordnung ein. Wichtiger als die Unterscheidung zwischen quantitativen und qualitativen Merkmalen ist für die

3 Auch Ernst Cassirer bezeichnete die Aufgabe, „das Wirkliche vollständig und eindeutig zu beschreiben“, als die der Erklärung gegenüber „bescheidenerer“ Aufgabe (Cassirer 1923, 150); kritisch hierzu Mayntz (1985).

sozialwissenschaftliche Forschung die Unterscheidung zwischen direkt und nur indirekt zu erfassenden Merkmalen „sozialer Kollektive“.

Die empirischen Sozialwissenschaften wollen, genau wie die Naturwissenschaften, ihre Gegenstände möglichst genau erfassen und belastbare Aussagen über ihre Beschaffenheit, ihr Zustandekommen und ihre Folgen machen.⁴ In vielen naturwissenschaftlichen Forschungsgebieten verdankt sich der Wissensfortschritt der immer besseren Mess- und Beobachtungstechnik – in den Sozialwissenschaften ist das in wesentlich geringerem Maß der Fall. „Analytische Merkmale“ von Populationen sozialer Elemente, die einer Beobachtungstechnik zugänglich sind, lassen sich direkt erfassen; die Elemente lassen sich nach Eigenschaften geordnet zählen und mit statistischen Maßen darstellen. Hier hilft Computertechnik bei der Auswertung und Aggregation erhobener Daten. Aber es gibt keine Technik, die es erlaubt, zusammengesetzte soziale Makrophänomene mit ihren „globalen“ Merkmalen auf ähnliche Weise sichtbar zu machen, wie das für viele naturwissenschaftliche Gegenstände, von Zellen über Gehirne bis zu Galaxien, gilt. Komplexe soziale Makrophänomene wie das deutsche Parteiensystem, ein transnationales Unternehmen oder die schwedische Volkswirtschaft existieren nicht als wahrnehmbare Ganze, es sind „epistemische Objekte“ – im Forschungsprozess kognitiv konstruierte Erkenntnisgegenstände (Rheinberger 2006). Nicht zuletzt Merkmale politisch verfassender Kollektive – zum Beispiel die Fragilität eines afrikanischen Staates – lassen sich nur indirekt erfassen und messen.

Die „kalkulativen Praktiken“ des Zählens und Messens, das direkte und das indirekte Erfassen von Merkmalen sozialer „Kollektive“ haben es teils mit gleichen, teils aber auch mit verschiedenen Problemen zu tun. Bei allen Formen des Zählens und Messens spielen kulturelle Prägungen und praktische Interessen eine Rolle: Beim direkten Erfassen durch Zählen können sie die Definition der Zählseinheiten mitbestimmen, beim indirekten Erfassen von Erkenntnisgegenständen beziehungsweise ihrer Merkmale die Auswahl von Indikatoren. Ebenso stehen alle Formen des Zählens und Messens vor praktischen Problemen des Zugangs und der Verfügbarkeit von Daten. Bei aus Zählvorgängen resultierenden statistischen Maßen stellt sich deshalb die Frage ihrer Zuverlässigkeit. Sobald jedoch ein Systemmerkmal nicht, wie die Altersverteilung einer Bevölkerung, im Prinzip durch Zählen direkt erfasst werden kann, sondern durch einen Index oder eine komplex zusammengesetzte statistische Maßzahl indirekt erfasst wird, stellt sich zusätzlich das – aus der Methodenausbildung prinzipiell bekannte – Problem der Gültigkeit oder *construct validity*. „Epistemische Objekte“ wie Staaten oder Verbände sind, Max Weber hat es schon betont, kognitive Konstrukte – zwar von Menschen handelnd erzeugte reale Konstruktionen, die für uns aber nur indirekt, über beobachtbare Tatbestände empirisch zu erfassen sind. Das ist Sozialwissenschaftlern grundsätzlich bewusst;

4 Was im Folgenden nur kurz angedeutet wird, wird in den ersten beiden Kapiteln des Buches „Sozialwissenschaftliches Erklären“ (Mayntz 2009) ausführlicher behandelt; für die oben festgestellte theoretische Vernachlässigung von Quantifizierung ist es kennzeichnend, dass Probleme bei der Quantifizierung auch dort keine besondere Erwähnung finden.

in der politischen und medialen Praxis wird die prekäre Beziehung zwischen indirekt, in einem Index oder durch eine Maßzahl abgebildeten Merkmalen eines kognitiv konstruierten Erkenntnisgegenstandes und der vermeintlich abgebildeten Realität jedoch leicht vergessen. Diese soziale Tatsache fordert zu einer näheren Betrachtung von Zählen und Messen heraus.

3 Zählen und Messen: Die Operationen

Zählen auf der Basis unseres – historisch entwickelten – Zahlensystems ist nicht nur erkenntnistheoretisch voraussetzungsvoll (vgl. Cassirer 1923, 35–87). Die Operation des Zählens setzt die Definition von Zählseinheiten und ihren relevanten Merkmalen voraus, und das ist nicht nur ein kognitiver, sondern zugleich ein sozialer Prozess. Die Klassifikation der Bevölkerung eines Landes nach dem physischen Merkmal Alter ist noch einfach – vorausgesetzt die Meldepraxis in einem Land funktioniert;⁵ aber schon die Klassifikation von Personen als männlich oder weiblich wird in Zeiten thematisierter Transsexualität problematisch. Das zählende Erfassen von Arbeitslosigkeit oder sozialer Ungleichheit in einem Land setzt im Wortsinn willkürliche Definitionen voraus. Soziokulturell und rechtlich bestimmte Klassifikationen können von hoher praktischer Bedeutung sein, nicht nur bei der Definition von Staatsbürgern und rassischer Zugehörigkeit. Wie jüngst in einem Sonderheft der Zeitschrift *Historical Social Research* ausführlich dargelegt, basiert die Struktur von Märkten auf Klassifikationen und kategorialen Definitionen (Krenn 2017). Von der Klassifikation von Waren hängt ab, ob und wie viel Zoll oder Mehrwertsteuer zu zahlen sind, von der Eingruppierung eines Unternehmens in eine vordefinierte Größenklasse, ob ein Betriebsrat gebildet werden muss. Vor allem in praktisch-politischen Kontexten geht es selten nur um das beschreibende Erfassen von Objektmerkmalen, sondern um einen Vergleich mit – evaluativen oder präskriptiven – Maßstäben, zum Beispiel in der Form technischer oder administrativer Standards oder Benchmarks. In die Konstruktion solcher Maßstäbe gehen unvermeidlich kulturell vermittelte Annahmen und Wertungen ein.

Zählen wirft nicht nur Definitionsprobleme auf, sondern kann auch auf Widerstand bei der Erhebung treffen. Die amtliche Volkszählung stößt auf Protest, wenn Merkmale von Personen und Haushalten abgefragt werden, die die Betroffenen zu ihrer schutzwürdigen Privatsphäre rechnen (Scheuch 1989). In Island wurde das Sammeln (und Verwerten) medizinischer und genetischer Daten lange kontrovers diskutiert, ehe es 1998 in einem Gesetz geregelt wurde (Hodgson 1998). Wie man bei *Google Trends* sehen kann,⁶

5 In manchen Ländern fehlt staatlichen Instanzen noch heute exaktes Wissen über die Altersverteilung der Bevölkerung, was als Indikator von (mangelhafter) *state capacity* benutzt werden kann; vgl. Lee und Zhang (2017).

6 Eigene Recherchen: <https://trends.google.de/>; abgerufen: 2. Juni 2017.

gewann das Sammeln und – nicht zuletzt kommerzielle – Verwerten personenbezogener Daten unter dem Stichwort „Big Data“ ab 2010 in den Medien und den einschlägigen Wissenschaften sprunghaft an Aktualität. Auch hier wird nicht nur erhofften positiven, sondern auch gefürchteten negativen Folgen breite Aufmerksamkeit geschenkt.

Wenn Erkenntnisgegenstände nicht physisch gegeben und direkt beobachtbar sind, wachsen die kognitiven Probleme ihrer Erfassung schlagartig. Wo man nicht mehr die Einheiten einer Gesamtheit zählen und einfache statistische Maßzahlen wie Durchschnitte, Verteilungen und Raten (zum Beispiel Anteil der Bevölkerung unterhalb der definierten Armutsgrenze) bilden kann, beginnt das Reich des Messens. Unter Messen wird allgemein eine quantifizierende Operation verstanden; ich benutze den Begriff hier für ein formales, aber indirektes Erfassen „globaler“ Merkmale komplexer sozio-ökonomischer Erkenntnisgegenstände. Das Wachstum einer Volkswirtschaft ist ein globales oder Systemmerkmal; es wird gemessen, indem die Zahlenwerte einer Reihe von Variablen zu einer komplexen Maßzahl kombiniert werden. Mit der Auswahl (und gegebenenfalls Gewichtung) der einbezogenen Variablen wird der Begriff „Wachstum“ operationalisiert und gleichzeitig ein Maßstab konstruiert. Zahlenwerte können aber auch ordinal oder nur binär (vorhanden/nicht vorhanden) definierten Merkmalen zugeschrieben werden. Bei der Qualitätsmessung von Hochschulen etwa können quantitative Merkmale wie Absolventenzahlen, eingeworbene Drittmittel und Publikationen mit qualitativen Merkmalen der Hochschulverfassung kombiniert werden, um den Platz einer Hochschule in einer Skala oder Rangreihe zu bestimmen (vgl. Heintz 2008; Ruppert 2017). Durch Operationen des Messens werden qualitativ verschiedene Objekte vergleichbar gemacht (Heintz 2010; 2016), ohne dass die jeweils infrage stehende Qualität direkt gemessen würde; sie wird vielmehr von einem Zahlenwert „repräsentiert“, dem zum Beispiel im Fall des Hochschulrankings noch nicht einmal eine bestimmte inhaltliche Bedeutung zugeordnet ist.

In jüngerer Zeit wurde viel Mühe in die Konstruktion von Indizes politisch relevanter Ländermerkmale investiert. Die *International Political Science Review* hat dem Thema „Measuring the Quality of Democracy“ 2016 eine ganze Nummer gewidmet (Kneuer, Geissel und Lauth 2016), und die Bertelsmann Stiftung versucht seit Jahren mit großem Aufwand, der Wissenschaft und der politischen Öffentlichkeit „Sustainable Governance Indicators“ zur Verfügung zu stellen (www.bertelsmann-stiftung.de; www.sgi-network.org). Dafür werden von internationalen Experten rund 140 quantitative und qualitative Merkmale für 41 Länder erhoben und zu drei Indizes kombiniert – einem Demokratieindex, einem Governance Index und einem Politikergebnisindex, die zusammen den Rangplatz eines Landes auf der „Sustainable-Governance“-Skala bestimmen. Die Bertelsmann Stiftung publiziert regelmäßig auch einen Social Justice Index, der die bislang 28 EU-Mitgliedstaaten anhand von 36 Indikatoren in sechs Dimensionen (Armutsvermeidung, Bildung, Arbeitsmarktzugang, soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit und Generationengerechtigkeit) vergleicht.

Zwar ist auch die Aussagefähigkeit einer aggregierten Kriminalitätsrate umstritten, aber das Gültigkeitsproblem, das heißt die Frage, ob das, was gemessen wird, die gemeinte (und oft mehr gefühlte als präzise benannte) Qualität tatsächlich erfasst, stellt sich in aller Schärfe beim Messen mittels Maßzahlen, die aus den Werten ausgewählter Indikatoren errechnet werden. In den Sozial- und Kulturwissenschaften besitzen Begriffe oft einen unscharf abgegrenzten Bedeutungshorizont, sodass ihre Operationalisierung, das heißt die Übersetzung in messbare Merkmale, Freiräume bei der Auswahl der einbezogenen Indikatoren eröffnet. Wie schon bei der Bestimmung von Zählseinheiten und der Klassifikation bestimmen kulturelle Deutungsmuster und Interessen auch die Auswahl und Definition der in einem Index zu kombinierenden Variablen. Auch die beabsichtigte Verwendung einer Maßzahl kann die Auswahl und Gewichtung einzelner Variablen beeinflussen, und wenn gemessene Werte die Basis staatlicher Mittelzuteilung sind, werden manipulierbare Bewertungsvariablen gern geschönt – ein der Soziologie seit Langem vertrauter psychosozialer Mechanismus.

Ein Demokratieindex oder Gerechtigkeitsindex „misst“ ein nicht direkt beobachtbares Merkmal eines komplexen sozialen Objekts. Von „Messen“ wird aber noch in einem anderen Sinn als bei der Kombination mehrerer beobachtbarer („messbarer“) Indikatoren zu einem Index gesprochen, nämlich wenn *mithilfe eines kausalen Modells* beobachtbare oder künftig zu erwartende, „messbare“ Ereignisse erklärt beziehungsweise vorhergesagt werden. Bei der Technikfolgenforschung oder der Wirkungskontrolle von Gesetzen werden die bereits eingetretenen Folgen einer technischen Innovation oder eines Gesetzes im Hinblick auf bestimmte Zielvariablen „gemessen“ und kausal erklärend aus der Wirkung des neuen Artefakts beziehungsweise des neuen Gesetzes in dem gegebenen Kontext abgeleitet (Albach, Schade und Sinn 1991; Ziekow, Debus und Piesker 2013). Das zentrale methodologische Problem bei dieser Art des Messens ist die kausale Zurechnung beobachteter (gemessener) Folgen auf identifizierbare Ursachen. Bei der Risikomessung geht es nicht um bereits eingetretene Folgen, sondern um die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens eines bestimmten Ereignisses, etwa eines Unfalls oder Netzzusammenbruchs. Ähnlich werden bei der Technikfolgenabschätzung und der Gesetzesfolgenabschätzung kontingente Vorhersagen über die Folgen einer technischen beziehungsweise legislativen Innovation im Hinblick auf bestimmte Zielvariablen gemacht. Anders als bei der Indexbildung, bei der die – gewichteten – Werte mehrerer Variablen zu einem Zahlenwert zusammengefasst werden, basieren kontingente Vorhersagen auf einem Kausalmodell und werden formal modelliert.⁷ Risikomessung, Technikfolgenabschätzung und Gesetzesfolgenabschätzung sind „politische“ Varianten der für die moderne kapitalistische Wirtschaft zentralen Operation des *Forecasting* (vgl. Beckert 2016, Kap. 9). In *post hoc* erklärende ebenso wie in bedingt vorherhersagende Kausalmodelle gehen auch quantitativ skalierte Variablen ein, aber selbst wenn einzelne

7 In diese Richtung zielt auch der von Schlenkrich, Lemm und Mohamad-Klotzbach (2016) entwickelte Index CIS, der die „quality of statehood“ nicht wie üblich allein aus verschiedenen Staatsmerkmalen ableiten, sondern sie zu den Herausforderungen in Beziehung setzen will, denen ein Staat ausgesetzt ist.

Faktoren quantifiziert werden, geht es anders als bei der Indexbildung nicht um die Kombination von Zahlenwerten, sondern um die Feststellung kausaler Zusammenhänge. Während im ersten Fall ein „globales“ Merkmal operational definiert wird, geht es im zweiten Fall um die Beziehung zwischen einer für sich messbaren abhängigen und einer oder mehreren unabhängigen Variablen oder Faktoren.

In der einschlägigen Literatur werden diese beiden Arten des Messens nicht systematisch unterschieden, vielmehr ist diskursiv von theoretischen oder statistischen *Modellen* die Rede (so etwa bei Heimberger und Kapeller 2016). Tatsächlich ist gerade im Fall komplexer „globaler“ Merkmale die Unterscheidung oft schwierig; die theoretische Modellierung verlangt, dass die abhängige Variable *für sich* messbar ist, und das ist eher der Fall, wenn es sich um ein klar definiertes Ereignis wie einen Unfall oder den Bankrott eines Unternehmens als um einen Zustand beziehungsweise ein Systemmerkmal wie die „Fragilität“ eines Staates handelt. So liegen dem von dem amerikanischen Think Tank „Fund for Peace“ auf der Basis von zwölf Indikatoren konstruierten Fragile States Index zwar kausale Annahmen über die Wirkung verschiedener ökonomischer, politischer und sozialer Faktoren auf das Risiko (oder die Wahrscheinlichkeit) eines Systemzusammenbruchs zugrunde, aber das theoretische Modell ist nicht ausgearbeitet und es gibt keinen unabhängigen Indikator für Fragilität.⁸ Auch der Risikomessung und der Technikfolgenabschätzung dürften nicht immer voll ausgearbeitete Kausalmodelle zugrunde liegen. Der Unterschied der beiden Arten des Messens ist jedoch insofern praktisch bedeutsam, als ein Kausalmodell Hinweise auf die Tatbestände gibt, die beeinflusst werden müssen, um ein bestimmtes unerwünschtes Ereignis zu verhindern oder ein gewünschtes Ziel zu erreichen.

4 Zählen und Messen im politischen Prozess: Die Reform der Finanzmarktregulierung

Es ist eines, das Problem der Aussagefähigkeit von komplexen statistischen Maßzahlen und Indizes zu reflektieren, ein anderes, sich mit ihrer Verwendung im politischen Prozess zu beschäftigen. Wenn es um soziale Ungleichheit geht, wird die Wahl statistischer Indikatoren öffentlich heiß diskutiert; die prekäre Aussagefähigkeit indirekten Messens, also von Indexwerten beziehungsweise dem Ergebnis komplexer Algorithmen, bleibt der Öffentlichkeit dagegen meist verborgen: Sie werden im politischen Prozess verwendet, *als ob* sie die Wirklichkeit korrekt abbildeten. Die Qualität der „Evidenz“, auf der politische Entscheidungen beruhen, wird im demokratischen Prozess oft nicht hinterfragt. Um sich die prekäre Aussagefähigkeit der handlungswirksamen Ergebnisse indirekter Vermessung komplex zusammengesetzter sozialer Gegenstände, „die Lücke, diese schreckliche Lücke“ zwischen Realität und dem Konstrukt bewusst zu machen,

8 https://en.wikipedia.org/wiki/Fragile_States_Index; abgerufen: 26. Juni 2017.

muss man sich vergegenwärtigen, wie solche Maßzahlen zustande kommen. Hier bieten sich als Beispiel die Versuche an, die Wissens- und Messprobleme zu lösen, die bei der Reform der Finanzmarktregulierung im Gefolge der Finanzkrise von 2008 auftraten.

Das Finanzsystem ist ein integraler Bestandteil moderner Volkswirtschaften, die Gegenstand zahlreicher Versuche quantifizierender Beschreibung sind (Zorn 2009; Le penies 2013; Speich Chassé 2013; Nölke 2014). Wikipedia zeigt in der Kategorie „Volkswirtschaftliche Kennzahl“ ganze 108 Seiten an (http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Volkswirtschaftliche_Kennzahl; abgerufen: 10. Februar 2014); zu den geläufigsten Maßen gehören das Bruttoinlandsprodukt BIP, das auf dem Inländerprinzip beruhende Bruttosozialprodukt BSP, die aus der preisbereinigten Veränderung des BSP oder Nationaleinkommens über Zeit berechnete Wachstumsrate und die aus der von einem Erwerbstätigen in einer Stunde durchschnittlich erzielten Wirtschaftsleistung errechnete Arbeitsproduktivität. Bei den meisten Kennzahlen handelt es sich um aus zahlreichen Einzeldaten zusammengesetzte statistische Maße, die als „globale“ Merkmale von Ländern oder Volkswirtschaften verstanden werden.⁹ Das gilt auch für komplex gebaute Indizes wie den Index globaler Wettbewerbsfähigkeit (Global Competitiveness Index), der von Experten anhand von mehr als 100 verschiedenen Indikatoren für 138 Länder berechnet wird; die Indikatoren operationalisieren zwölf verschiedene Dimensionen, zu denen Merkmale des Arbeitsmarktes und verschiedener Gütermärkte, aber auch Merkmale des Bildungssystems gehören.

Die Konstruktion komplexer statistischer Maßzahlen und Indizes stellen forschungspraktisch Operationalisierungen, theoretisch jedoch *Interpretationen* von Begriffen wie Wachstum, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit dar. Trotz ihrer zentralen politischen Bedeutung hat die politische Wissenschaft ihrer Konstruktion und Nutzung, wie Mügge (2015) beklagt, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Bei ihrer Entwicklung steht das Bemühen um eine „korrekte“ Erfassung der Wirklichkeit in Konflikt mit kulturellen Normen und praktisch-politischen Interessen. Scheinbar „technische“ Fragen wie die Berücksichtigung der Wertschöpfung durch Prostitution und illegalen Drogenhandel bei der Berechnung des BIP haben normative Implikationen (Plickert 2014), und in jüngster Zeit haben wir die politische Brisanz eines errechneten Defizits beziehungsweise Überschusses in der Handelsbilanz von Ländern beobachten können. Erfolgreiches politisches Handeln setzt Wissen um den wirklichen Zustand einer Volkswirtschaft voraus, aber die Wachstumsrate, die Handelsbilanz und die Staatsschuldenquote eines Landes sagen im zeitlichen und internationalen Vergleich auch etwas über Erfolg oder Misserfolg einer Regierung aus, und so gibt es vielfältige Gründe für Versuche der „produktiven Veränderung“ bestimmter Maßzahlen.

⁹ Experten sprechen hier allerdings über „statistischen Nebel“, womit sie die „inability of today’s tools to measure real economy“ meinen: Die üblichen Maßzahlen „messen“ die sich ständig verändernde Wirklichkeit nicht mehr (GEAB 112).

Die „Vermessung“ des mit der Expansion von Warenmärkten und Produktionsketten, dem Ende fester Wechselkurse und der Deregulierung des internationalen Zahlungsverkehrs internationalisierten Finanzsystems hat, wie die Finanzkrise von 2008 lehrt, mit seiner Entwicklung nicht Schritt gehalten. Die Krise wurde nicht vorausgesehen – nicht nur, weil man sie nicht erwartet und deshalb nicht nach Anzeichen Ausschau gehalten hatte, sondern auch, weil das verfügbare Wissen über die Funktionsweise des Finanzsystems und seinen aktuellen Zustand unzureichend war. Für rund ein Drittel des Finanzsystems, das – *nomen est omen* – dem Schattenbankensektor zugerechnet wird, fehlten Daten über die Zahl, Größe und Aktivitäten der ihm zugehörigen Finanzinstitutionen, aber es fehlte auch Wissen über Transaktionen im regulierten Bankensektor, wie den Umfang und die Verbreitung strukturierter Wertpapiere (die neuen Derivate). Wie Jaime Caruana, General Manager der Bank for International Settlements BIS, es in einen Vortrag in Brüssel am 6. Februar 2017 formulierte, die Krise „was conditioned by a collective misapprehension,... a false popular model, that had the effect of creating a blind spot to risk“ (Caruana 2017, 1). Jetzt suchte man nach dem Wissen, das für eine effektivere Regulierung von Finanzmärkten erforderlich ist. Ein detailliertes, auf die *nuts and bolts* einzelner Regelungen eingehendes Studium der Bemühungen um eine Reform der Finanzmärkte zeigt wie unter einem Vergrößerungsglas die ökonomische und politische Bedeutung der dabei auftretenden methodologischen Probleme des Zählens und Messens.¹⁰

Die politische Bedeutung von statistischen Maßen und die damit zusammenhängenden Versuche, die Klassifikationsregeln zu ändern, wurden in der Finanzkrise bereits bei der Staatsschuldenquote sichtbar. Die vor der Krise erfolgte, normative Festlegung der Höhe von Staatsschulden in der Eurozone auf 3 Prozent des BIP war ein politischer Akt mit intendiert steuernder Wirkung. Als auch in Europa eine Reform der Finanzmarktregulierung akut wurde, entbrannte eine Diskussion darüber, welche Verbindlichkeiten als Staatsschulden zu zählen sind. Da Staatsschulden rechnerisch auf das BIP bezogen werden, konnte auch eine veränderte Berechnung des BIP dazu führen, dass der Schuldenstand eines Landes sich verändert. Tatsächlich wurde 2014 in der EU eine Neuberechnung des BIP eingeführt, von der, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu berichten wusste, vor allem Krisenländer wie Spanien profitierten und durch die die Staatsschuldenquote in der Eurozone insgesamt sank (FAZ 2015).

In der Krise gewannen bei der Aufstellung von Bankbilanzen geltende Klassifikationsregeln für die Errechnung der Verschuldung beziehungsweise des Eigenkapitals von Banken praktische Bedeutung. Praktisch bedeutsam ist es zum Beispiel, nach wie viel Monaten Kredite nicht nur als „notleidend“, sondern als „faul“ zu klassifizieren und in der Bilanz als Verlust auszuweisen sind. Reformbedürftig erschien die verbreitete Praxis von Banken, bestimmte Transaktionen, die in der Bilanz auf der Negativseite zu Buche

10 Zum Folgenden sei aus der umfangreichen Literatur zur Analyse der Finanzkrise und den darauf folgenden Reformbemühungen lediglich Davies (2010), Lounsbury und Hirsch (2010), Adamanti und Hellwig (2013) und Mayntz (2015; 2017) genannt; weitere Literaturhinweise dort.

schlagen würden, in Zweckgesellschaften auszulagern, die der Bankenaufsicht nicht unterworfen sind (Thiemann 2014). Praktisch bedeutsam wurde auch die Klassifikation von Transaktionen auf dem Wertpapiermarkt als „Eigenhandel“ von Banken. Als Eigenhandel zählt in der Bilanz der von Banken auf eigene Rechnung anstatt im Kundenauftrag betriebene Handel mit Wertpapieren. Da im ausufernden Eigenhandel der Banken eine Krisenursache gesehen wurde, sollte ihr Umfang beschränkt werden; für die Banken ist der Eigenhandel jedoch besonders lukrativ, weshalb sie an einer möglichst engen Definition interessiert sind. Tatsächlich steht die zwischenzeitlich beschlossene Beschränkung des Eigenhandels amerikanischer Banken nach der Wahl von Donald Trump wieder zur Debatte.

Ein anderes Klassifikationsproblem, das im Zuge der Reformbemühungen akut wurde, betrifft die Bestimmung der Adressaten von gesetzlichen Regelungen. Offensichtlich haben Finanzmarktakteure ein großes Interesse daran, die Zurechnung zu einem von einer restriktiven Regel betroffenen Adressatenkreis beziehungsweise den Ausschluss aus einem durch eine Regel begünstigten Adressatenkreis zu vermeiden. Entsprechend kontrovers verlief daher die Einführung eines 2012 von den G20 beschlossenen internationalen Standards für die Identifikation und Klassifikation von (unterschiedlichen) Finanzmarktakteuren, des sogenannten Legal Entity Identifiers LEI (Pankoke 2014). Der LEI klassifiziert Finanzmarktakteure anhand rechtlicher Kriterien und vergibt auf Antrag ein entsprechendes zwanzigstelliges alphanumerisches Kennzeichen. „A unique ID associated with a single legal entity, LEIs allow for consistent identification of parties to financial transactions“;¹¹ bis Herbst 2016 wurden nach zögerlichem Beginn über 350.000 LEIs vergeben. Im Augenblick wird daran gearbeitet, auch für finanzielle Transaktionen einen Klassifikationsstandard, einen „unique transaction identifier (UTI)“ zu entwickeln „to facilitate effective aggregation of transaction reports about over-the-counter (OTC) derivative markets“ (FSB 2017).

Die zentralen Bezugspunkte der auf die Finanzkrise reagierenden Regulierungsreform waren die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Banken angesichts des Platzens einer Blase und, mit dem Wechsel von einer vorwiegend mikroprudentiellen zu einer makroprudentiellen Politik, die Stabilität des Finanzsystems. Hier geht es um mehr als Probleme der Klassifikation: Resilienz und Stabilität sind „globale“ Merkmale komplex zusammengesetzter sozialer Einheiten. Betrachtet man im Gefolge der Krise gemachte Versuche, solche Merkmale zu messen, näher, dann mögen auf ihre Ergebnisse gestützte politische Entscheidungen wie der berühmte Ritt über den Bodensee erscheinen.

Als mit dem Bankrott von Lehmann Brothers die Finanzkrise auch auf Europa übergriff, wurden in der Europäischen Union Maßnahmen diskutiert, die im Kontext der angestrebten Bankenunion helfen sollten, von Bankrott bedrohte europäische Banken zu identifizieren. Im Jahr 2014 unterwarf die – im Gefolge der Finanzkrise neu eingerichtete – Europäische Bankenaufsicht EBA 128 europäische Banken einem Test, um ihre

11 [https://gfma.org/initiatives/Legal-Entity-Identifier-\(LEI\)](https://gfma.org/initiatives/Legal-Entity-Identifier-(LEI)); abgerufen: 14. Oktober 2016.

Widerstandsfähigkeit „unter Stress“ festzustellen. Ein solcher Stresstest ist eine Form der Risikomessung. Das Ergebnis für eine gegebene Bank ist keine Zahl, kein Indexwert, sondern das Urteil „widerstandsfähig unter Stress Ja/Nein“. Dieses Urteil basiert auf einem von der Behörde ausformulierten Kausalmodell (EBA 2014), dem zufolge eine Bank als „widerstandsfähig“ gilt, wenn sie unter Stress zahlungsfähig bleibt. Sie bleibt, so wird formal festgelegt, auch im Fall von Stress zahlungsfähig (solvent), wenn ihr risikogewichtetes Eigenkapital 5,5 Prozent der Bilanz ausmacht. Diese Prozentzahl ist das Ergebnis eines mathematischen Modells, das den Einfluss von zwei „Risikoparametern“ auf die Zahlungsfähigkeit einer Bank abbildet und zeigen soll, wie viel Eigenkapital (Reserve) nötig ist, damit eine Bank zahlungsfähig bleibt, wenn die Risikoparameter vorgegebene (problematische) Werte annehmen. Die beiden Risikoparameter werden als Kreditrisiko und Marktrisiko bestimmt. Das Kreditrisiko ergibt sich aus dem Umfang „notleidender“ Kredite in der Bilanz; das Marktrisiko ist ein rechnerisches Produkt aus messbaren Börsenbewegungen. Was ein bestimmtes Wertpapier im Portfolio einer Bank, zum Beispiel eine Anleihe von Siemens, zu den geforderten 5,5 Prozent an „regulatorischem Eigenkapital“ in der Bilanz einer Bank beiträgt, das heißt, wie viel seines nominalen Werts auf das Eigenkapital angerechnet wird, hängt vom Risiko seines Wertverlusts ab, das sich, so wurde bestimmt, als „value at risk“ aus seinem Marktwert ergibt.

Dieses hier in radikaler Verkürzung dargestellte Modell zur Bestimmung der Widerstandsfähigkeit einer Bank operiert mit Variablen, die kausal miteinander verknüpft sind. Es ist wichtig, sich den hypothetischen Charakter der unterstellten Kausalbeziehungen zu vergegenwärtigen. Für das praktisch folgenreiche Urteil „nicht widerstandsfähig“ spielen, neben der errechneten Höhe des geforderten „regulatorischen Eigenkapitals“, die Definition von Krediten als „notleidend“ und die Art der Berechnung des Verlustrisikos von Wertpapieren eine Rolle. Dass eine Bank, die über mindestens 5,5 Prozent risikogewichtetes Eigenkapital verfügt, tatsächlich auch in bestimmten Stresssituationen noch zahlungsfähig ist, bleibt am Ende eine theoretische Unterstellung. Bei welchem Marktwert ein bestimmtes Wertpapier Gefahr läuft, 70 Prozent oder gar 80 Prozent seines nominalen Werts zu verlieren, ist errechnet, nicht empirisch gesichert. Das dem Stresstest zugrunde liegende Kausalmodell kann praktisch höchst bedeutsam werden, wenn im Kontext der Europäischen Bankenunion ein negatives Testergebnis zur Abwicklung einer Bank führt; die praktische Bedeutung der theoretischen Unterstellungen lädt geradezu dazu ein, sie anzuzweifeln – zumal wenn modifizierte Annahmen zu einem aus der Perspektive bestimmter Interessenten günstigeren Ergebnis führen würden. Ob und wie bei der Entwicklung des Stresstest-Modells das Interesse der Finanzindustrie mitwirkte, ist im Einzelnen nicht bewiesen. Die Festlegung auf 5,5 Prozent Eigenkapital wurde von Experten verschiedentlich als zu niedrig kritisiert (z. B. Hellwig 2010), aber trotz ihrer potenziellen Tragweite nicht zum Gegenstand einer offenen politischen Auseinandersetzung. Langfristig könnte die Insolvenz von Banken, die den Stresstest bestanden haben, als empirischer Test des Kausalmodells beziehungsweise seiner zentralen Setzung von 5,5 Prozent Eigenkapital verstanden werden.

Die Zahlungsfähigkeit einer Bank ist, anders als das Wachstum einer Volkswirtschaft oder gar die Qualität einer Hochschule, ein zumindest dichotom – Ja/Nein – empirisch bestimmbarer Sachverhalt, der theoretisch aus dem Zusammenwirken einer Reihe konkret bestimmbarer Faktoren resultiert. Die Stabilität eines ganzen Finanzsystems, der zentrale Bezugspunkt der Finanzmarktreform, ist ein „globales“ Systemmerkmal, das sich nur schwer direkt messen lässt: An welchen beobachtbaren Tatbeständen wird „Stabilität“ festgemacht? Finanzielle Stabilität ist zwar seit Jahren Thema der Beratungen in internationalen Gremien wie den G7/G8 und dem 1999 gegründeten Financial Stability Forum. Dennoch findet sich in den Berichten der mit Problemen finanzieller Stabilität befassten internationalen Gremien wie dem Financial Stability Board FSB, das im Gefolge der Krise aus dem Financial Stability Forum hervorging, kein messbares Kriterium für das Ausmaß oder auch nur für Vorhandensein oder Fehlen finanzieller Stabilität. In einem explizit der Definition finanzieller Stabilität gewidmeten Working Paper des Internationalen Währungsfonds IWF wird „financial system stability“ am Ende wie folgt definiert: „A financial system is in a range of stability whenever it is capable of facilitating (rather than impeding) the performance of an economy, and of dissipating financial imbalances that arise endogenously or as a result of significant adverse and unanticipated events“ (Schinasi 2004, 8). Wenn das infrage stehende Systemmerkmal selbst allenfalls in Form eines konstruierten Index zu messen wäre, muss die Frage nach den Bedingungen „finanzieller Stabilität“ offenbleiben. Ein Kausalmodell wie beim Stresstest (oder generell von Risikomessung) setzt einen direkt messbaren Sachverhalt als Output voraus; die Alternative wäre ein nach dem Modell von Hochschulranking gebildeter Index.

In diese Richtung zielen tatsächlich die schon vor der jüngsten Krise vom IWF entwickelten Financial Soundness Indicators (FSI), die dazu dienen sollen, die Stärken und Verwundbarkeiten eines nationalen beziehungsweise des internationalen Finanzsystems abzuschätzen (San Jose und Georgiu 2009). Die FSI sind statistische Maßzahlen, die sich auf ausgewählte Strukturmerkmale des Finanzsystems und die von der Bankenaufsicht erfassten Finanzinstitutionen beziehen; sie sollen Auskunft über die „Gesundheit“ eines Finanzsystems geben, aber weder wird „Gesundheit“ als messbares Merkmal in Beziehung zu den einzelnen Indikatoren gesetzt noch werden sie zu einem „Gesundheitsindex“ aggregiert. Die FSI fanden Eingang in die 2009 von den G20 auf den Weg gebrachte Data Gaps Initiative, bei der es um die Sammlung notwendiger, aber bislang nicht systematisch erhobener Daten zur Bestimmung von „key financial sector vulnerabilities relevant for financial stability“ geht (FSB/IMF 2009, 9–10). Gesucht werden Daten über große, systemrelevante Banken, die sogenannten G-SIBs, Daten über strukturelle Merkmale des Finanzsektors wie den Grad der Bankenkonzentration und den Umfang und Preis von Kreditausfallversicherungen sowie Daten über Kontextvariablen wie die Staatsschuldenhöhe und den Immobilienmarkt. Die gesuchten Daten sollen Hinweise geben auf den Risikoaufbau im Finanzsystem, die internationale finanzielle Verflechtung und die Schockempfindlichkeit wichtiger nationaler Ökonomien (FSB und IMF 2013, 7), ohne – wie beim Stresstest – in ein formales Kausalmodell über die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Variablen zu münden. Die ausführlichen

Erhebungsdokumente enthalten keine operationale Definition von finanzieller Stabilität als einem messbaren Merkmal. Welche Rolle die FSI unter diesen Umständen in konkreten Entscheidungsprozessen zur Finanzmarktregulierung spielen können, ist fraglich; tatsächlich sind sie nicht erkennbar zur Begründung bestimmter politischer Regulierungsentscheidungen herangezogen worden, während die Ergebnisse des in der EU durchgeführten Stresstests nach den Regeln der Bankenunion praktische Folgen haben, das heißt, gegebenenfalls zur Abwicklung von Banken führen sollen.

Die Gründung eines Systemic Risk Board in der EU und ähnlicher Institutionen in den USA und Großbritannien sind deutliche Zeichen der Bedeutung, die seit der Finanzkrise dem Ziel finanzieller Stabilität gegeben wird. Voraussetzung makroprudentieller Politik, das heißt einer Politik, der es nicht nur um die Insolvenz einzelner Banken, sondern um ein „Systemrisiko“ geht, ist Einverständnis darüber, was „finanzielle Stabilität“ ist und wovon sie abhängt. Ein quantitatives oder auch nur dichotomes (Ja/Nein) Erfassen von Stabilität als Systemmerkmal und erst recht seine – kausale – Herleitung ist aber theoretisch ungleich anspruchsvoller als die Bestimmung des Bankrottrisikos einer einzelnen Bank. Ohne ein theoretisches Modell ist es unmöglich zu sagen, welche Werte einzelne Variablen haben müssten, damit ein konkretes Finanzsystem „gesund“ oder „stabil“ ist. Selbst wenn es ein solches Modell gäbe und sich die dafür notwendigen Daten auch beschaffen ließen, ist natürlich nicht sicher, dass daraus auch die notwendigen politischen Schlussfolgerungen gezogen würden. Der dürftige Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Klimaforschung und der Klimapolitik mag Optimisten warnen; sicher ist jedoch, dass Finanzmarktpolitik ohne Versuche, sie auf eine verlässliche Wissensbasis zu stellen, von vornherein zum Spielball von Partikularinteressen verkommt.

5 Das Quantifizierungsdilemma

Ob Zukünftiges politisch gestaltet oder ein akutes Problem gelöst werden soll, erfolgreiches, zielorientiertes Handeln setzt genaues und zutreffendes („wahres“) Wissen über das voraus, worauf eingewirkt und was verändert werden soll. Was nicht gewusst wird, kann selbst dort, wo es sich um prinzipiell manipulierbare Sachverhalte handelt, nicht zielstrebig beeinflusst werden. Aber der Prozess des exakten Erfassens, die Konstruktion von Maßen, mit denen man eine komplexe sozio-ökonomische Wirklichkeit zu erfassen sucht, trifft auf praktische und kognitive Grenzen und produziert ein Wissen von fragwürdiger sachlicher Richtigkeit. Bei allen Versuchen des Messens ist die Verfügbarkeit der notwendigen Daten ein – vorwiegend praktisches – Problem. Die Politik wird sich dieses Problems immer dann bewusst, wenn unerwartet Handlungsbedarf besteht; die erwähnte Data Gaps Initiative der G20 ist dafür ein Beispiel. Die kognitiven Grenzen des Messens sind dagegen Grenzen unseres deskriptiven Wissens über Zustände und unseres Wissens über empirische Zusammenhänge. Hier wird schon das Erkenntnisinteresse von praktischen Interessen und vorgefassten Meinungen beeinflusst. Die

Sachentsprechung oder Abbildqualität von dem, was als Wissen gilt, ist deshalb aus mehreren Gründen prekär. Wenn Zukünftiges politisch gestaltet oder versucht wird, ein akutes Problem zu lösen – immer wird auf eine Realität eingewirkt, die die Akteure nur symbolisch repräsentiert wahrnehmen, in Begriffen wie Ungleichheit, Demokratie oder finanzielle Stabilität. Anders als bei chemischen Experimenten, bei denen Substanzen konkret manipuliert werden, hat der politisch Handelnde das Tun und Lassen von Banken und die Stabilität eines Finanzsystems nur in Begriffen, Zahlen, Maßen oder einem konstruierten Kausalmodell vor Augen.

Das Dilemma von Quantifizierung im politischen Prozess besteht darin, dass Zählen und Messen Sicherheit verleiht und damit Entscheiden erleichtert, die Sicherheit jedoch nur scheinbar ist. Wie Vaihinger schon vor fast hundert Jahren in seiner Philosophie des „Als-Ob“ feststellte (Vaihinger [1927] 1986): Die praktische Wirkung von Ideen hängt nicht von ihrer Wahrheit ab. Im soziologischen Konstruktivismus ist die handlungsprägende Bedeutung der Interpretation von Situationen und sozialen Phänomenen geläufig. Das lässt sich auf Versuche übertragen, soziale Phänomene – die Merkmale „sozialer Kollektive“ – zu messen.

Hansen (2015) spricht hier von einer „transparency illusion“. Maßzahlen und Indizes von prekärer Gültigkeit werden bei Entscheidungen gehandhabt, als ob sie ein zutreffendes Bild der Wirklichkeit böten, sie können das Handeln aufgrund ihrer fragwürdigen Gültigkeit jedoch fehlleiten. Dabei wächst die mögliche Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und dem, was man dafür hält, von einfachen statistischen Maßzahlen hin zu Versuchen, globale Systemmerkmale zu erfassen, und damit wächst die Gefahr, dass ein darauf gestütztes Handeln nicht intendierte und nicht antizipierte Folgen hat. Mit der Quantifizierung, so klagt Precht (2013, 138), geht eine Sinnentleerung einher: Wenn das Gemessene handlungsleitend wird, „bleibt das mühselige Geschäft der Urteilsbildung, die jedem Qualitätsurteil unterliegt, zumeist aus“. Wenn Handlungen sich auf statistische Maßzahlen oder Indexwerte stützen, wird das methodologische Problem der Gültigkeit zum praktischen Problem: „Disparitäten zwischen numerisch konstruierter und ‚wirklicher‘ Wirklichkeit können eine Zeitlang verdeckt bleiben, dann aber umso bössere Enttäuschungen produzieren“, hieß es in der Ankündigung einer Ad-hoc-Gruppe, die sich 2014 auf dem 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie mit paradoxen Dynamiken numerischen Wissens beschäftigt hat. Politiker und auch Journalisten würden den Tatbestand der bloß symbolischen Repräsentation der Gegenstände, die sie gestalten wollen beziehungsweise über die sie reden, sicher nicht leugnen – aber sie handeln und reden meist, *als ob* die Zahlen und Maße ein genaues Abbild der Wirklichkeit wären. Fiktionalität ist nicht nur unseren Vorstellungen von der Zukunft eigen, sondern allzu leicht auch unserem Bild der Gegenwart.

Literatur

- Admati, Anat, und Martin Hellwig. 2013. *The Bankers' New Clothes: What's Wrong with Banking and What to Do about It*. Princeton: Princeton University Press.
- Albach, Horst, Diethard Schade und Hansjörg Sinn, Hg. 1991. *Technikfolgenforschung und Technikfolgenabschätzung*. Berlin: Springer.
- Beckert, Jens. 2016. *Imagined Futures: Fictional Expectations and Capitalist Dynamics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Caruana, Jaime. 2017. *International Financial Crises: New Understandings, New Data*. Brüssel: Bank for International Settlements.
- Cassirer, Ernst. 1923. *Substanzbegriff und Funktionsbegriff: Untersuchungen über die Grundlagen der Erkenntniskritik*. Berlin: Verlag von Bruno Cassirer.
- Daston, Lorraine. 2002. „Eine Geschichte der wissenschaftlichen Objektivität“. In *Akteure – Mechanismen – Modelle: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analyse*, hrsg. von Renate Mayntz, 44–60. Frankfurt a.M.: Campus.
- Davies, Howard. 2010. *The Financial Crisis: Who Is to Blame?* Cambridge: Polity.
- Davis, Kevin E., Angelina Fisher, Benedict Kingsbury und Sally E. Merry. 2012. *Governance by Indicator: Global Power through Quantification and Rankings*. Oxford: Oxford University Press.
- Diaz-Bone, Rainer, und Emmanuel Didier, Hg. 2016. *Convention Theory, Classification, and Quantification: Transdisciplinary Perspectives on Statistics and Classification*. Bd. 41 von *Historical Social Research, Sonderhefte*. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- EBA (European Banking Authority). 2014. *Methodological Note EU-wide Stress Test 2014*. EBA, Brüssel, 29. April.
- Espeland, Wendy N., und Mitchell L. Stevens. 2008. „A Sociology of Quantification“. *Archives of European Sociology* 49 (3): 401–36.
- FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). 2015. „Neue Statistik lässt Staatsschuldenquote sinken“. FAZ, 21. Januar.
- FSB (Financial Stability Board). 2017. *Proposed Governance Arrangements for the Unique Transaction Identifier (UTI): Consultation Document*. Financial Stability Board, Basel, 13. März.
- FSB (Financial Stability Board) und IMF (International Monetary Fund). 2009. *The Financial Crisis and Information Gaps: Report to the G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors*. Financial Stability Board, Basel, 29. Oktober.
- . 2013. *The Financial Crisis and Information Gaps: Fourth Progress on the Implementation of the G-20 Data Gaps Initiative*. Financial Stability Board, Basel, September.
- GEAB – *Global European Anticipation Bulletin* Nr. 112, 15. Februar 2017. Abgerufen: 28. Februar 2017.
<http://geab.eu/en/magazine/geab-112/>.
- Hansen, Hans K. 2015. „Numerical Operations, Transparency Illusions and the Datafication of Governance“. *European Journal of Social Theory* 18 (2): 203–20.
- Heimberger, Philipp, und Jakob Kapeller. 2016. „A Model-based Measurement Device in European Fiscal Policy-making: The Ontology and Epistemology of Potential Output“. *ICAE Working Paper Series* Nr. 55, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy, Linz.
- Heintz, Bettina. 2008. „Governance by Numbers: Zum Zusammenhang von Quantifizierung und Globalisierung am Beispiel der Hochschulpolitik“. In *Governance von und durch Wissen*, hrsg. von Gunnar F. Schuppert und Andreas Voßkuhle, 110–29. Baden-Baden: Nomos.
- . 2010. „Numerische Differenz: Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs“. *Zeitschrift für Soziologie* 39 (3): 161–81.
- . 2016. „Wir leben im Zeitalter der Vergleichung: Perspektiven einer Soziologie des Vergleichs“. *Zeitschrift für Soziologie* 45 (5): 305–23.
- Hellwig, Martin. 2010. „Capital Regulation after the Crisis: Business as Usual?“. *CESifo Report* 8 (2): 40–46.
- Hodgson, John. 1998. „A Genetic Heritage Betrayed or Empowered?“. *Nature Biotechnology*, 16: 1017–21.

- King, Gary, Robert O. Keohane und Sidney Verba. 1994. *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kneuer, Marianne, Brigitte Geissel und Hans-Joachim Lauth, Hg. 2016. „Measuring the Quality of Democracy“. *International Political Science Review* 37 (5), Sonderhefte.
- Krenn, Karoline, Hg. 2017. *Markets and Classification: Categorizations and Valuation as Social Processes Structuring Markets*. Bd. 42 von *Historical Social Research, Sonderhefte*. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Lazarsfeld, Paul F., und Herbert Menzel. (1956) 1993. „On the Relation between Individual and Collective Properties“. In *On Social Research and Its Language*, hrsg. von Raymond Boudon und Paul F. Lazarsfeld, 171–89. Chicago: University of Chicago Press.
- Lee, Melissa M., und Nan Zhang. 2017. „Legibility and the Informational Foundations of State Capacity“. *Journal of Politics* 79 (1): 118–32.
- Lepenies, Philipp. 2013. *Die Macht der einen Zahl: Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*. Berlin: Suhrkamp.
- Lounsbury, Michael, und Paul M. Hirsch, Hg. 2010. *Markets on Trial: The Economic Sociology of the US Financial Crisis*. Bingley: Emerald Group.
- Mayntz, Renate. 1985. „Über den begrenzten Nutzen methodologischer Regeln in der Sozialforschung“. In *Entzauberte Wissenschaft – Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung*, hrsg. von Wolfgang Bonß und Heinz Hartmann, Bd. 3 von *Soziale Welt, Sonderbände*, 65–76. Göttingen: Schwartz.
- . 2009. *Sozialwissenschaftliches Erklären: Probleme der Theoriebildung und Methodologie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- . 2011. „Emergenz in Philosophie und Sozialtheorie“. In *Emergenz: Zur Analyse und Erklärung komplexer Strukturen*, hrsg. von Jens Greve und Annette Schnabel, 156–86. Berlin: Suhrkamp.
- . Hg. 2015. *Negotiated Reform: The Multilevel Governance of Financial Regulation*. Frankfurt a.M.: Campus.
- . 2017. „Handeln und Struktur, Akteur und System: Die kausale Rekonstruktion von sozialen Makrophänomenen am Beispiel der Finanzkrise“. *MPIfG Discussion Paper 17/5*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Mennicken, Andrea, und Henrik Vollmer, Hg. 2007. *Zahlenwerk: Kalkulation, Organisation und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mügge, Daniel. 2015. „Studying Macroeconomic Indicators as Powerful Ideas“. *Journal of European Public Policy* 23 (3): 410–27.
- Nagel, Ernest. 1961. *The Structure of Science: Problems in the Logic of Scientific Explanation*. New York: Routledge & Kegan Paul.
- Nölke, Andreas. 2014. „Politik der Finanzialisierung: Zum Wohlfahrtsbeitrag des Finanzsektors in Rechnungslegungsstandards und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung“. In *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*, hrsg. von Marcel Heires und Andreas Nölke, 79–94. Wiesbaden: Springer.
- Pankoke, Stefan L. 2014. „Legal Entity Identifier: Auf dem Weg zu einer neuen globalen Marktinfrastruktur“. *BaFin Jorunal* 8: 33–37.
- Plickert, Philip. 2014. „Sex, Drogen und Waffen für das BIP“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. August, 16.
- Popper, Karl R. 1959. *The Logic of Scientific Discovery*. New York: Basic Books.
- Power, Michael. 2004. „Counting, Control and Calculation: Reflections on Measuring and Measurement“. *Human Relations* 57 (6): 765–83.
- Precht, Richard D. 2013. „Kaltgestellte Frösche. Politik kennt kein Ethos mehr: Sie will die Welt vermessen, anstatt sie zu deuten und gestalten“. *Spiegel*, Nr. 37: 138–39.
- Reichert, Ramon, Hg. 2014. *Big Data: Analysen zum digitalen Wandel von Wissen, Macht und Ökonomie*. Bielefeld: Transcript.
- Rheinberger, Hans-Jörg. 2007. *Historische Epistemologie: Zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Rottenburg, Richard, Sally E. Merry, Johanna Mugler und Sung-Joon Park, Hg. 2015. *The World of Indicators: The Making of Government Knowledge through Quantification*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Ruppert, Alfred. 2017. *Vermessung und Quantifizierung im Hochschulsektor: Eine empirische Untersuchung über den Effekt von Hochschulrankings*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- San Jose, Armida, und Andreas Georgiu. 2009. „Financial Soundness Indicators (FSIs): Framework and Implementation“. *IFC Bulletin* 31: 277–82.
- Scheuch, Erwin K., Lorenz Gräf und Steffen Kühnel. 1989. *Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten: Ergebnisse einer Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Schinasi, Gary J. 2004. „Defining Financial Stability“. *IMF Working Paper* 04/187, International Monetary Fund, Washington, DC.
- Schlenkrich, Oliver, Lukas Lemm und Christoph Mohamad-Klotzbach. 2016. „The Contextualized Index of Statehood (CIS): Assessing the Interaction between Contextual Challenges and the Organizational Capacities of States“. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10: 241–72.
- Speich Chassé, Daniel. 2013. *Die Erfindung des Bruttosozialprodukts: Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- . 2016. „The Roots of the Millennium Development Goals: A Framework for Studying the History of Global Statistics“. *Historical Social Research* 41: 218–37.
- Thiemann, Matthias. 2014. „In the Shadow of Basel: How Competitive Politics Bred the Crisis“. *Review of International Political Economy* 21(6): 1203–39.
- Vaihinger, Hans. 1986. *Die Philosophie des Als-Ob*. Aalen: Scientia Verlag. (Nachdruck der 9./10. Auflage Leipzig 1927.)
- Vormbusch, Uwe. 2004. „Accounting: Die Macht der Zahlen im gegenwärtigen Kapitalismus“. *Berliner Journal für Soziologie* 14: 33–50.
- . 2012. *Die Herrschaft der Zahlen: Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Weingart, Peter, und Justus Lentsch. 2008. *Wissen – Beraten – Entscheiden: Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Ziekow, Jan, Alfred Debus und Axel Piesker. 2013. *Die Planung und Durchführung von Gesetzesevaluierungen*. Baden-Baden: Nomos.
- Zorn, Hendrik. 2009. „Recounting the Beans: The Statistical Construction of Fiscal Reality“. Diss., Universität zu Köln.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

- DP 17/11
F. Misterek
Digitale Souveränität:
Technikutopien und
Gestaltungsansprüche
demokratischer Politik
- DP 17/10
M. Höpner
**Grundfreiheiten als
Liberalisierungsgebote?**
Reformoptionen im Kontext
der EU-Reformdebatte
- DP 17/9
K. Koddenbrock
What Money Does: An Inquiry
Into the Backbone of Capitalist
Political Economy
- DP 17/8
J. Beckert
**Die Historizität fiktionaler
Erwartungen**
- DP 17/7
T. Ergen
**Coalitional Cohesion in
Technology Policy:** The Case of
the Early Solar Cell Industry in
the United States
- DP 17/6
A. Maatsch
**Effectiveness of the European
Semester:** Explaining Domestic
Consent and Contestation
- DP 17/5
R. Mayntz
**Handeln und Struktur, Akteur
und System:** Die kausale
Rekonstruktion von sozialen
Makrophänomenen am
Beispiel der Finanzkrise

- DP 17/4
E. F. Fischer
Quality and Inequality: Taste,
Value, and Power in the Third
Wave Coffee Market
- DP 17/3
F. González
**Privatized Keynesianism or
Conspicuous Consumption?**
Status Anxiety and the
Financialization of
Consumption in Chile
- DP 17/2
T. Blackwell, S. Kohl
**Varieties of Housing Finance
in Historical Perspective:** The
Impact of Mortgage Finance
Systems on Urban Structures
and Homeownership
- DP 17/1
M. Seeliger
Ambiguities of Social Europe:
Political Agenda Setting among
Trade Unionists from Central
and Eastern Europe and
Western Europe
- DP 16/16
M. Seeliger, I. Wagner
Workers United? How Trade
Union Organizations at the
European Level Form Political
Positions on the Freedom of
Services
- DP 16/15
F. W. Scharpf
**Forced Structural Convergence
in the Eurozone – Or a
Differentiated European
Monetary Community**

MPIfG Books

- O. Godechot
**Wages, Bonuses and
Appropriation of Profit in
the Financial Industry:** The
Working Rich
Routledge, 2017
- S. Kohl
**Homeownership, Renting
and Society:** Historical and
Comparative Perspectives
Routledge, 2017
- A. Maatsch
**Parliaments and the Economic
Governance of the European
Union:** Talking Shops or
Deliberative Bodies?
Routledge, 2017
- M. A. McCarthy
Dismantling Solidarity:
Capitalist Politics and American
Pensions since the New Deal
Cornell University Press, 2017
- I. Reichert
Der Status-Effekt: Bestseller
und Exploration im
Literaturmarkt
Springer VS, 2017
- W. Streeck
Buying Time: The Delayed
Crisis of Democratic Capitalism
Second edition, with a new
preface
Verso, 2017 (first published in
German by Suhrkamp, 2013)
- S. Zajak
**Transnational Activism, Global
Labor Governance, and China:**
Non-Governmental Public
Action
Palgrave Macmillan, 2017

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers
Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books
At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

